

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstags,
Donnerstags und
Sonnabends.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Zwanzigster Jahrgang.

Abonnement
vierteljährlich
12 Rgr.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Inserate:
Für den Raum
einer
einspaltigen Zeile
1 Rgr.

Bei mehrmaliger Aufgabe von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblatte.“

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin. Bei der Berathung über Verhandlung des Pressegesehtwurfs (von Windthorst-Berlin) und des Noth-Presegesehtes (von Windthorst-Meyen) entspann sich zwischen dem Reichstage und dem Reichskanzler eine sehr anzügliche, lebhaft an die Conflitszeit erinnernde Debatte, die ihren feindseligsten Höhepunkt erreichte, als der Abgeordnete Lasfer bei Ablehnung des Vorwurfs, daß der Reichstag die ihm zu Gebote stehende Zeit nicht praktisch genug ausgenutzt habe, die Aeußerung fallen ließ: Man könne es dem Reichstag nicht verdenken, wenn er nach so vielen Berathungen finanzieller Gesetze einmal ein Volksrecht (die Befreiung der Presse) debattiren wolle. Da fuhr Bismarck auf: Er verwahre sich dagegen, daß man nach einer veralteten Tradition ihn oder den Kaiser oder die Regierung vom Volke ausschleße; er sei so gut Angehöriger und Vertreter des Volkes wie irgend Jemand. Was er habe hören müssen, verrathe subversive Tendenzen zc. Schließlich entschied sich das Haus dafür, daß zuerst das Noth-Presegeseht und erst nach dessen eventueller Verwerfung der Commissionseutwurf zur Berathung kommen solle. Aus der erwähnten Debatte läßt sich schließen, daß Fürst Bismarck einen hohen Grad von Gereiztheit in den Reichstag schon mitgebracht hat und bei den vielen seine Thätigkeit kreuzenden Widerwärtigkeiten, die er aber mehr außerhalb als innerhalb des Reichstags erlebt, wird ihm vielleicht ein gewisses Recht, auch einmal übler Laune zu sein, nicht ganz abgesprochen werden können; sie sollte sich nur weniger in der Adresse vergreifen.

— In der letzten parlamentarischen Soirée des Fürsten Bismarck erschien auch zur nicht geringen Bewunderung seiner eigenen Fraktion der ultramontane schlesische Graf Stollberg, welcher bekanntlich gesagt haben soll, er wolle an dem Stricke ziehen helfen, der den Reichskanzler nach dem Tenseit zu befördern hätte. Das Erscheinen des Grafen in der Soirée soll wahrscheinlich die unliebsame Veröffentlichung des wenig staatsmännischen Ausspruches dementiren.

— Aus allen Provinzen, namentlich aus Posen und dem Rheinlande kommen Klagen über Excesse des fanatischen Pöbels während der Frohleichnamsprozession. Indem die Bauern hinter dem „Allerheiligsten“ fortbummeln und ihre frommen Gebete und Litaneien plärren, richtet sich ihre Aufmerksamkeit besonders auf diejenigen, die bedeckten Hauptes die Straße passiren. Diesen schlagen sie den Hut vom Kopfe und traktiren diejenigen, welche sich nicht schleunigst ihren rohen Forderungen fügen, mit Schlägen. Es ist schon so lange in der Presse auf diesen Unfug aufmerksam gemacht worden, daß es wohl an der Zeit wäre, demselben überall auf administrativem Wege endlich zu steuern. Solche Aufzüge, die während eines halben Tages den Verkehr in den Städten vollständig hemmen, haben nicht die mindeste Berechtigung, wenn sie in der schönsten Ordnung verlaufen. Wie können sie länger geduldet werden, seitdem sich gezeigt, daß sie nur zur weiteren Demoralisation des großen Haufens führen? So schreibt man z. B. der „Spen. Btg.“ aus Po en, 16. Juni: Bei der gestrigen, mit großem Pomp abgehaltenen Frohleichnamsprozession wurde u. A. auch einem hohen Regierungsbeamten, welcher, um zu seiner Wohnung zu gelangen, eine kurze Strecke mit dem Zuge in Berührung kommen mußte, von der Menge der Hut vom Kopfe geschlagen; die Frechheit soll aber noch weiter gegangen sein, indem eine Rotte ihm in eine Seitengasse, in welcher er, um dem Trubel zu entgehen, eingebogen war, folgte und dort dasselbe Manöver wiederholte. Leider sind die Thäter nicht zu ermitteln gewesen. Der Erzbischof nahm übrigens in Person am Zuge Theil, was ihm jedesmal stiftungsmäßig eine Summe

von 100 Dukaten einbringen soll. — Ueber einen Vorfall, der fast an's Unglaubliche grenzt, wird aus Haltern in Westphalen der „B. B. Z.“ geschrieben: Vor ein paar Wochen kam eine Prozession aus Gladbeck bei Necklinghausen nach unserem St. Annenberge, wo dann der Vorbeter allerlei Gesundheits im Gebete ausbrachte. Nachdem man für den heiligen Vater, die bedrängte Kirche zc. gebetet hatte, nannte der Vorbeter plötzlich den Namen Bismarck. Allgemeine Empörung folgte, laute Weigerung der Menge, für Bismarck mitzubeten. Da bat sich der Vorbeter Ruhe aus und sprach: „Ja, wir wollen beten, daß Gott den Bismarck endlich treffen möge, daß er ihm den Leib ganz mit Geschwüren bedecke und an jeder Fingerspitze ihm ein recht dickes wachsen lasse, auf daß er sich nicht fragen könne!“ Dieser fromme Wunsch fand den Beifall der christlichen Pilger und sie stimmten ein in das Gebet!

— Wie bekannt, hat das Kriegsministerium sich schon seit längerer Zeit mit der Verwendung von beurlaubten Soldaten für die Ernte-Arbeiten einverstanden erklärt und nur eine Veröffentlichung der diesfälligen Aufforderungen nicht gewünscht, das Weitere überhaupt aber den einzelnen General-Kommandos überlassen. Die Beurlaubung von Mannschaften kann bis zu einem bestimmten Termine vor Beginn des Regimentsexercirens in so weit gestattet werden, als dies mit den militärischen Interessen und der Ausbildung der Einzelnen verträglich ist. Die Truppentheile werden demgemäß mit Anweisung versehen, und die di: Hilfe der im Militärdienste stehenden ländlicher Arbeiter nachsuchenden werden sich an die betreffenden Truppentheile zu wenden haben, welchen letzteren es immer überlassen bleibt, die Zahl der Leute so wie die Bedingungen, unter welchen dieselben beurlaubt werden können, festzustellen.

Frankreich.

Paris. Die „Assemblée nationale“, eines der Organe der Koalition, veröffentlicht plötzlich folgende drohende Note: „Trotz der dringenden Vorstellungen der Notabilitäten der bonapartistischen Partei, verlängert der Prinz Napoleon seinen Aufenthalt in Paris und empfängt viele Besuche. Wenn dieselben einen Charakter annehmen sollten, welcher geeignet wäre, die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu ziehen, so glauben wir zu wissen, daß der Marschall-Präsident keinen Anstand nehmen würde, bei der Kammer die nöthigen Vollmachten nachzusuchen, um den Prinzen Napoleon zu zwingen, daß er das französische Gebiet wieder verlasse.“

Sächsische Nachrichten.

Von der Elbe, 18. Juni. Gelegentlich der Verhandlungen des sächsischen Landeskulturathes über die Stellung der ländlichen Arbeiter und über die Abwehr von Aufwieglern, welche sie unzufrieden machen, wurde dieselbe Angelegenheit auch in dem sozial-demokratischen „Dresdener Volksboten“ besprochen. Dabei äußerte denn das Blatt seine Freude über die zunehmende Bewegung unter den ländlichen Arbeitern, welche den Rittergutsbesitzern für einen Hundelohn arbeiten müssen, es hofft, daß diese noch vor ihren weißen Sklaven erzittern werden, wenn sie zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde kommen. Der Sieg derselben über ihre Unterdrücker wird ihnen leichter werden als den Lohnarbeitern der Städte, denn, heißt es wörtlich weiter, die Großbauern sind zu dumm und durch die Lage ihrer weit von einander entfernten Wohnorte verhindert, sich gegen ihre Arbeiter zu verbinden.“ Lieft man dergleichen Sätze, so begreift man, daß Männer von des Fürsten Bismarck entschiedenem Wesen an Unterdrückung derselben denken und das mittelst strenger Preszmaßregeln zu erreichen suchen. In dem Augenblicke, in welchem unsere Regierung gelegentlich der Darlegung ihrer Ansichten über die Haltung des „Leipziger Tageblattes“ demselben eine Verwarnung zugehen läßt, da es als Amtsblatt eine ungebührliche Sprache